

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**  
**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT** Nr.: 2/07

MBI-Geschäftsstelle  
Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

Am 27. Februar 2005 fand ein Bürgerentscheid in Mülheim statt zu der Frage:



**„Soll die Stadt Mülheim an der Ruhr es in Zukunft unterlassen, bei der Gründung neuer bzw. der Änderung bestehender Gesellschaften im Bereich der Daseinsvorsorge (insbesondere im Bereich der Entsorgung, der Stadtentwässerung, der Versorgung mit Energie und Wasser, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Altenpflege, der Stadtbücherei und der Unterhaltung von städtischen Gebäuden und Anlagen) Gesellschaftsanteile an Private zu übertragen?“**

Das erforderliche Quorum von mindestens 27.187 Ja-Stimmen (20 % aller Wahlberechtigten von ganz Mülheim) wurde erreicht. Damit war die Stadt für 2 Jahre daran gebunden, sich an dieses Votum der Bürger zu halten, also bis Ende Februar 2007.

Die Fragestellung zu der Erneuerung des Bürgerentscheids in 2007 lautet:

**„Soll die Stadt Mülheim es in Zukunft unterlassen, in Bereichen der Daseinsvorsorge Gesellschaftsanteile, Gebäude und/oder deren Betreibung an nicht gemeinnützige Private zu übertragen?“**



Die Privatisierungswelle der Baganz-Ära (1999 bis 2002) hinterließ einen Berg von Problemen, die bis heute nicht bewältigt sind, ob bei Müllabfuhr, Straßenreinigung, Abwasser, Wasser oder ÖPNV. Obwohl das Tafelsilber im Ver- und Entsorgungsbereich verkauft wurde, ist die Verschuldung der Stadt noch größer geworden. Für die Bürger ist alles nicht nur teurer, sondern auch viel unübersichtlicher geworden, weil sie für alles getrennte Bescheide bekommen, weil unterschiedliche Stellen zuständig sind usw.



Auch deshalb war der Bürgerentscheid gegen weitere Privatisierung Anfang 2005 erfolgreich. Viele Mülheimer wollten nicht, dass das gleiche Chaos und Durcheinander auch noch bei Altersheimen, Schulen etc. eingeführt wird.

Während der Bürgerentscheid noch galt, wurden aber bereits Entscheidungen gefällt, die ihm widersprechen. Die im Juni 2006 beschlossene Projektentwicklungsgesellschaft Ruhrbania, die sog. „Zukunftsschule“ Eppinghofen von Hochtief, der Beschluss von Sept. 2006, die Sanierung mehrerer Schulen von einem einzigen Investor durchführen zu lassen im Betreibermodell, machen alle deutlich, dass nach dem 27. Feb. 2007 mit Volldampf privatisiert werden soll. Stück für Stück will die bankrotte Stadt nach Teilen des Tafelsilbers dann auch noch ihre Pflichtaufgaben Privaten übergeben. Da der Bürgerentscheid 2005 PPP bzw. ÖPP-Modelle (Öffentlich Private Partnerschaft) nicht ausdrücklich mit einbezogen hatte, wurde der Text entsprechend ergänzt.

### **Das Bürgerbegehren 2007 betrifft deshalb folgende Bereiche:**

- **Die denkmalgeschützten Ostruhranlagen sollen in einer Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft nicht einem privaten Investor übertragen werden**
- **Das langfristige Betreiben von Schulen, Kindergärten usw. dürfte nicht privaten Firmen übertragen werden, auch wenn diese Bau oder Sanierung der Gebäude durchführen**
- **Ausgliederte städtische Eigenbetriebe wie der Immobilienservice, MSS (MülheimerSportService), Grün&Wald und städtische GmbHs wie MST (Mülheimer Stadt Marketing), die Sozialholding (Altenheime) und BtmH (Betriebe) dürften weder ganz noch teilprivatisiert werden.**
- **Weitere Anteile der bereits teilprivatisierten Gesellschaften der Ver- und Entsorgung - insbesondere von medl, MEG, SEM, MVG, RWW und SWB - dürften nicht verkauft werden.**

## „Zukunftsschule Eppinghofen“ als ÖPP-Projekt (Öffentlich Private Partnerschaft)?



### Wenn die Zukunft Hochtief heißt ....

Der neue Hochtief-Chef war vorher schwerpunktmäßig für Betreibermodelle der Baufirma zuständig (Flughäfen, Schulen etc.). Die Firma baute und betreibt bereits die Gebäude etlicher Schulen in England und Deutschland. Die Städte gehen dabei langfristige Verträge mit Hochtief ein. **Also ein gutes und risikoloses Geschäft - für die Baufirma.**

Hochtief war vorletztes Jahr an unsere OB Mühlenfeld herangetreten und die war nach eigenen Angaben hell auf begeistert, so dass „ich sofort zugegriffen habe“ (O-Ton). Unverzüglich wurde in der Verwaltung mit Hochdruck an dieser ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft) gearbeitet. Die Bruchstraßenschule wurde als „Zukunftsschule“ auserkoren. Eine Pädagogin des Baukonzerns stellte im Feb. erst der Presse, dann dem Hauptausschuss das Konzept vor.

Auf Konzernkosten wurde dann eine dicke Machbarkeitsstudie erstellt, die nachweist, dass alles abgerissen und neu gebaut werden muss, dadurch „natürlich“ billiger wird, dafür aber auch erweitert werden muss durch

1. Umzug der Kindertagesstätte „Menschenskinder“ Zunftmeisterstraße zur Bruchstraße
2. die Erweiterung der Hauptschule Bruchstraße um einen Realschulzweig

Wiederum einzig der Hauptausschuss (das einzige Mülheimer Gremium, in dem die SPD in Mißachtung der Wahlergebnisse nur 1 zusätzliche Stimme zur Mehrheit braucht!) „beauftragt die Verwaltung, das Projekt auf der Basis der Machbarkeitsstudie weiter zu entwickeln und die Voraussetzungen für die Umsetzung der Konzeption zu schaffen.“ **Exakt dieser Wortlaut wurde von SPD, CDU, Grünen und FDP beschlossen. Dem MBI-Antrag, eine Entscheidung über die „Zukunftsschule Eppinghofen“ zurückzustellen, bis ein neuer, belastbarer Schulentwicklungsplan beschlossen ist und der Bedarfsplan „Tageseinrichtungen für Kinder“ aktualisiert und beschlossen ist, stimmte keine/r aus den Parteien zu. Da die Kinder- und Schülerzahl in absehbarer Zukunft abnimmt, werden entsprechende Anpassungen des Schulentwicklungsplans und des Bedarfsplans Tageseinrichtungen für Kinder schon sehr bald unvermeidlich werden, einschließlich der Schließung einzelner Standorte. Die Erweiterung der Bruchstraßenschule präjudiziert die Schließung anderer Standorte, sprich 1 Realschule, 1 oder 2 Hauptschulen und ggfs. 1 Grundschule. Und nun der Riesenärger, den wir seit Mitte Januar seitens der Grundschulen erleben! Kein Zufall!**

Das Hochtief-Projekt „Zukunftsschule Eppinghofen“ beweist bereits in der Planungsphase:

**Schulentwicklungsplanung der Stadt wird dem Bauwunsch des Konzerns untergeordnet, die zuständigen demokratischen Gremien werden nicht beteiligt, von betroffenen Eltern usw. ganz zu schweigen. Der Aufstand der Eltern und Lehrer verschiedener anderer Schulen, die in der Folge von Schließung betroffen sein könnten, hängt auch damit zusammen!**

**„Am 1. März soll der Rat zukunftsweisende Entscheidungen treffen: Die Auswahl des privaten Investors, der in die Ruhrbania - Projektentwicklungsgesellschaft einsteigt und die Frage, ob die Grundstücke der Ostruhranlagen, die noch der Stadt gehören, komplett oder teilweise in die GmbH eingebracht werden. Die Entwicklungsgesellschaft soll die Parzellen dann vermarkten oder könnte sie selbst bebauen.“ (WAZ vom 9. Januar 2007)**

Unabhängig davon, ob diese Meldung sich einreicht in die seit Jahren bekannte Serie von Ankündigungen, sei an folgendes erinnert:

Das Bürgerbegehren gegen den Verkauf von Flächen der Ostruhranlagen wurde im April letzten Jahres für „verfristet“ erklärt, weil 2004 beschlossen worden war, „ein Konzept für die Projektentwicklung und -Vermarktung der Ruhrpromenade bis zum Herbst (2004!) zu erarbeiten und dem Rat vorzulegen“. Dieser Beschluss beinhaltet den Verkauf der Grundstücke, behauptete die Verwaltung einfach und SPD, CDU, FDP folgten dem.



Über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens muss nun das Gericht entscheiden. Seit April hat die Stadt aber immer wieder neu Zeit geschunden, zuletzt durch die nachträgliche Einschaltung eines teuren externen Anwaltsbüros. Ein Verhandlungstermin bei Gericht konnte deshalb erst jetzt angesetzt werden - für den 2. März! Tags zuvor aber sollte der Rat bereits über den Verkauf der Grundstücke entscheiden, in Wirklichkeit zum ersten Mal. Wenn genau deshalb das Gericht dem Bürgerbegehren dann recht gibt, ist es bereits zu spät. So wird das Gerichtsverfahren zur reinen Farce! Das wäre eine Verhöhnung nicht nur der 12.000 und mehr Bürger (6700 waren nötig für das Bürgerbegehren!), die im naßkalten März letzten Jahres in Windeseile dafür unterschrieben, dass die Mülheimer Bürger über die Frage entscheiden mögen.

**Das Vertrauen in demokratische und rechtsstaatliche Verfahrensabläufe würde jedenfalls erheblich ausgehöhlt, wenn derart vorgegangen wird.**

Unter [www.ruhrbania.de/finanzierung.html](http://www.ruhrbania.de/finanzierung.html) und <http://www.ruhrbania.de/investorenwettbewerb.html> konnte man bis vor kurzem nachlesen, dass die Stadt erst einmal eine 100%ige Tochter als Projektgesellschaft gründen wollte (im Juni 06 erst beschlossen), die ermächtigt werden sollte, „im Namen und auf Rechnung der Stadt die für das Projekt relevanten Grundstücke später zu veräußern.“ Im nächsten Schritt sollten dann mind. 50% Anteile der Projektgesellschaft an einen Privaten veräußert werden in einem EU-weiten Vergabeverfahren. Ohne die Vorlage für eine Entscheidung am 1. oder 22. März zu kennen, kann man dennoch bereits vermuten, dass kein vorgeschriebenes Vergabeverfahren stattgefunden hat! Beide o.g. städtischen Internetseiten wurden übrigens vor nicht allzu langer Zeit aus dem Netz gelöscht.